



# Standpunkte SVP Nidau

Stadtrat-Sitzung, 20. November 2014

Nidau, 17. November 2014



# Übersicht

## Einleitung

Am 20. November 2014 findet die fünfte Stadtratsitzung des Jahres statt. Sie beginnt um 19:00 Uhr in der Aula Schulhaus Balainen. Die SVP Nidau wird an dieser Sitzung vier Vorstösse einreichen:

- ▶ Motion Leander Gabathuler „Gemeinderat auf fünf Sitze verkleinern“
- ▶ Motion Leander Gabathuler „Möglichst rascher Grundsatzentscheid über das Regiotram“
- ▶ Postulat Ursula Wingeyer „Einführung einer Regionalpolizei überprüfen“
- ▶ Postulat Ciril Stebler „Rechtsvortritt auf der Hauptstrasse besser signalisieren“

Nachfolgend legt die SVP Fraktion ihre Standpunkte für die anstehende Stadtratsitzung vom 20.11.2014 dar.

## Traktanden Stadtrat-Sitzung 20.11.2014

Folgende Geschäfte sind für die Stadtrat-Sitzung traktandiert, die SVP nimmt folgedessen Stellung zu:

- ▶ 01 Genehmigung Protokoll Nr. 4 vom 18. September 2014
- ▶ 02 Geschäftsprüfungskommission Ersatzwahl
- ▶ 03 Einführung Schulsozialarbeit 2015
- ▶ 04 Finanzplan 2014 - 2019
- ▶ 05 Voranschlag 2015
- ▶ 06 Abwasseranlagen - Pumpwerk Balainen - Objektkredit
- ▶ 07 Ersatz 16 kV-Leitung zwischen der Mess- und Transformatorenstation Aalmatten und der Transformatorenstation Ruferheim - Objektkredit
- ▶ Postulat Marianne Hafner-Bürgi - Parkplatzmanagement rund um das Strandbad Nidau während der Badesaison

## 01 Genehmigung Protokoll Nr. 4 vom 18. September 2014

Einstimmige Zustimmung, Protokoll genehmigen.

## 02 Geschäftsprüfungskommission Ersatzwahl

Durch die Demission von SP Stadträtin Cédrine Pfyffer-Liechti ist ein neues Mitglied der GPK zu wählen. Da die Kommissionssitze gemäss Wählerstärke vergeben werden, kann die SP einen eigenen Ersatz zur Wahl vorschlagen. Die SVP Fraktion wird den betreffenden Kandidaten unterstützen.

## 03 Einführung Schulsozialarbeit 2015

**Oliver Grob**

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, per 1. August 2015 auf das nächste Schuljahr hin eine Schulsozialarbeit einzuführen. Er begründet dies damit, dass Nidau eine erhöhte „soziale Last“ trage. Bereits im Jahr 2012 hat man erste Abklärungen getroffen, später wurde ein Projektausschuss gegründet, welcher ein Grobkonzept erstellte und eine Bedarfsanalyse in den Schulen durchführte. Es hat sich die Mindestvariante mit 105 Stellenprozenten mit zwei Fachpersonen durchgesetzt. Die Kosten belaufen sich auf 139'000 CHF wiederkehrend und 42'000 CHF Investitionskosten, welche auf die Stadt Nidau (64%, 89'000 CHF / 27'000 CHF) und den Schulverband (36%, 50'000 CHF / 15'000 CHF) aufgeteilt werden.

- Aus Sicht der SVP ist die Einführung einer Schulsozialarbeit komplett überflüssig. Die Führung und Ausbildung einer Klasse liegt in der Verantwortung des Klassenlehrers. Bei Streitfällen kann oder muss die Schulleitung hinzu gezogen werden. Es kann nicht sein, dass sich die Lehrer ihrer **Führungsverantwortung** entziehen und sämtliche Problemfälle auf teure Fachpersonen abschieben. Es würde so ein System geschaffen, mit welchem die Kompetenzen völlig chaotisch verteilt wären.
- Eine klare **Weisungskompetenz** würden die Sozialarbeiter nicht erhalten. Sie erhalten lediglich den Auftrag zu „informieren,“ zu „beraten,“ „abzuklären,“ zu „unterstützen,“ „einzuschätzen“ und zu „vermitteln.“ Oder transparent umformuliert: Die teuren Sozialarbeiter würden mit Schülern, Eltern und Lehrern ein bisschen plaudern, echte Massnahmen könnten und dürften sie nicht treffen.
- Es **fehlen klare Zielvorgaben**: Das ist logisch Denn würde das Konzept funktionieren, gäbe es einige Jahre nach der Einführung der Schulsozialarbeit praktisch keine Problemfälle mehr, die eigene Stelle würde aus Sicht des Schulsozialarbeiters überflüssig werden - ein weit verbreiteter Mechanismus bei staatlichen Programmen. Wie viele der jährlich rund 152 Problemfällen aus der Bedarfsanalyse durch die Schulsozialarbeit gelöst oder verhindert werden können, wird nirgends festgehalten. An der betreffenden Infoveranstaltung hat auch der Begleitexperte keine konkreten Zahlen nennen können. Wichtiger sei es, anstelle sich auf starre Zahlen zu fixieren, viel eher „die Lehrer zu entlasten.“ Es ist

deshalb davon auszugehen und zu befürchten, dass auch die Schulsozialarbeit an der bisherigen Situation nichts ändern wird. Profitieren wird einzig und alleine die Sozialindustrie.

- Aus diesen Gründen ist zu befürchten, dass bereits bei **völlig alltäglichen Fällen** ein Schulsozialarbeiter zur Beratung herbeigerufen wird. Ein völlig normales Kind, welches auch Zuhause in einem völlig normalen Umfeld lebt, würde so rasch als Problemfall eingestuft werden. Dies verursacht unnötige Bürokratie und Aufwände.
- Dass die Schulsozialarbeit nur als dreijähriges **Pilotprojekt** gestartet wird **ist eine Farce**: Einmal geschaffen, bringt man staatliche Stellen praktisch nie mehr weg. So wird auch im Konzept bereits explizit erwähnt, dass nach Abschluss der Projektphase ein „Weiterausbau“ gemäss Bedarf sinnvoll wäre (S. 26). Es ist davon auszugehen, dass in drei Jahren der Stellenetat nochmals deutlich erhöht werden soll.
- Das Gremium, welches in zwei Jahren die **Evaluation** durchführen soll, steht heute noch nicht fest. Das ist konzeptionell mangelhaft, denn bereits heute müsste feststehen, dass die Evaluation von einer externen Stelle durchgeführt werden muss. Eine sachliche, unabhängige Beurteilung der Lage ist ansonsten unmöglich. Zusätzlich kommt hinzu, dass im Konzept keine Zielvorgaben gemacht werden (siehe oben). Wie kann man eine Evaluation durchführen und anschliessend beurteilen, ob die Schulsozialarbeit Sinn macht, wenn bereits von Beginn weg keine klaren Zielvorgaben gemacht werden? Wir fordern daher zumindest ein Benchmark-Vergleich mit anderen Gemeinden.
- Letzten Endes ist es auch ein Fauxpas des bürgerlichen Gemeinderates, dass er diese Vorlage überhaupt so in den Stadtrat bringt. Zwar wurde das Projekt bereits 2012, also vor den Gemeindewahlen gestartet, trotzdem war der Gemeinderat auch damals schon bürgerlich. Würde er aber den eigenen Finanzplan und den eigenen Voranschlag 2015 (Traktanden 4 & 5) etwas genauer studieren, würde er auf Seite 3 lesen: **„Es sollten möglichst keine neuen wiederkehrenden Mehrausgaben zugelassen werden.“** Nun hat man bereits letztes Jahr für rund 150'000 CHF einen Stadtplaner sowie für 50'000 CHF eine Integrationsbeauftragte angestellt und man will nun für 139'000 CHF wiederkehrend die Schulsozialarbeit einführen. Seitdem sich die finanzielle Situation in Nidau verschärft hat, unternimmt der Gemeinderat scheinbar das genaue Gegenteil, was er sich in seinem eigenen Finanzplan und Voranschlag vorgibt: Er schafft laufend neue, teure und überflüssige Stellen.
- Verschwiegen oder beschönigt wird auch die Tatsache, welche Kinder denn diese „Soziale Last“ verursachen: In erster Linie schlecht integrierte **Kinder und Familien mit Migrationshintergrund**. Im Konzept wird dieser Umstand mit dem Begriff „gesellschaftliche Entwicklung“ beschönigt. Die SVP ist nicht bereit, den linksgrünen Multikultiwahn gegenüber aussen zu bejubeln und hinten durch die anfallenden Kosten dem Steuerzahler unterzuschieben.

**Die SVP Fraktion wird deshalb die Einführung der Schulsozialarbeit einstimmig ablehnen und jeden Kürzungsantrag, der im Rat gestellt wird, unterstützen.**

## 04 Finanzplan 2014 - 2019

**Ursula Wingeyer**

Der Finanzplan sieht, wie in den Vorjahren auch, finanziell düster aus. Für die Jahre 2014 bis 2019 werden Defizite in der Höhe von rund 2 bis 1.4 Mio. CHF prognostiziert. Auch wenn davon auszugehen ist, dass die jeweiligen Rechnungsabschlüsse besser ausfallen, die finanzielle Situation ist prekär. Dank dem relativ hohen Eigenkapital von rund 10 Mio. CHF rechnet man, im „worst case“, erst im Jahr 2019 mit einem Bilanzfehlbetrag. Dies gibt uns genügend Zeit, eine umfassende Aufgaben- und Leistungsüberprüfung vorzunehmen. Die SVP-Fraktion wird in der anschliessenden Budget-Debatte deshalb erste Sparanträge einreichen, um den laufenden Haushalt zu entlasten. Wir begrüssen, dass die Steuereinnahmen für die kommenden Jahre zwecks Budgetgenauigkeit um 800'000 CHF höher eingestellt wurden.

Wir anerkennen die Bemühungen des Gemeinderates, weniger wichtige Investitionen zeitlich nach hinten zu verschieben und sich während unsicheren Zeiten nur auf das Nötigste zu konzentrieren. Die SVP ist jedoch der Ansicht, dass der Investitionsplan mit 23.4 Mio. CHF Nettoinvestitionen nach wie vor stark überladen ist. Der Finanzplan hält ausdrücklich fest, dass bei einem Eintreffen der Rechnungsdefizite die Investitionen nicht finanzierbar sind. Wir fordern deshalb den Verzicht auf unnötige und überbeuerte Projekte wie das Regiotram, die Curva-Brücke oder Fotovoltaikanlagen und empfehlen dem Gemeinderat, solche Projekte in Zukunft gar nicht mehr mit überbeuerten Planungsvorhaben anzustossen.

**Die SVP-Fraktion wird dem Finanzplan in der vorliegenden Form, auch wenn inhaltlich unzufrieden, zustimmen. Sparmassnahmen müssen über das Budget und Stadtrat-Geschäfte erfolgen.**

## 05 Voranschlag 2015

**Leander Gabathuler**

Das Budget 2015 prognostiziert einen Aufwandüberschuss von rund 2.3 Mio. CHF. Der Gemeinderat warnt davor, dass bei gleich bleibendem Leistungsniveau kaum noch gespart werden könne. Die SVP bezweifelt dies stark; alleine der Sachaufwand hat mit dem Budget 2015 gegenüber dem Rechnungsabschluss 2013 um 550'000 CHF zu, gegenüber 2012 sogar um 900'000 CHF. Wir kommen nicht daran vorbei, eine umfassende Aufgaben- und Leistungsüberprüfung durchzuführen. Je länger wir diese Massnahmen hinauszögern, umso schmerzhafter wird es später. Die SVP-Fraktion hat viel Zeit investiert und eine solche Aufgabenüberprüfung gemäss eigenem Wissen eigenständig bereits durchgeführt. Wir haben eine Liste mit möglichen Sparmassnahmen zusammengestellt, von welchen wir in dieser Sitzung mehrere als Antrag stellen werden. Einige weitere werden im nächsten Jahr folgen, wenn sich womöglich eine klarere Tendenz abzeichnet und somit auch abgeschätzt werden kann, wie schmerzhaft die Sparmassnahmen sein müssen. In dieser Sitzung werden die weniger schmerzhaften Anträge gestellt.

Der SVP ist es bewusst, dass ein Grossteil der finanziellen Schwierigkeiten nicht aus eigener Küche verursacht werden. Mehrere Millionen Franken hat Nidau in den letzten Jahren ohne Steuererhöhung kompensieren können und hat erst noch mit Ertragsüberschüssen die jeweiligen Rechnungsjahre abgeschlossen. Trotzdem missfällt uns das rasante Aufgabenwachstum beim Staat: Obwohl ausdrücklich in

Finanzplan und im Voranschlag gegenteilig festgehalten, schaffen wir jedes Jahr neue, teure und aus unserer Sicht überflüssige Stellen. Seien wir ehrlich mit uns selbst: Ohne die beiden ausserordentlichen und ausserordentlich hohen Erträgen letztes Jahr, hätten wir bereits 2013 ein saftiges Defizit eingefahren. Die SVP setzt auf eine verantwortungsvolle Finanzpolitik, welche auf Wissen und nicht auf Hoffnung basiert. Sich einzureden, die Finanzlage würde sich von alleine entspannen - also einfach nichts zu unternehmen - ist für uns keine Option. Unsere Sparanträge liegen dem Stadtratspräsidenten schriftlich vor. Wir haben diese zusammen mit der FDP ausarbeitet und untereinander aufgeteilt.

**Werden unsere Anträge abgelehnt, was wahrscheinlich ist, werden wir das Budget 2015 ablehnen.**

Konto	Massnahme	Zuständig	Budget 2015 alt	Budget 2015 neu	Korrektur
011	Deckelung der Kosten für den Stadtrat	SVP	CHF 97'800	CHF 90'000	CHF 7'800
012	Deckelung der Kosten für den Gemeinderat	SVP	CHF 381'350	CHF 360'000	CHF 21'350
029	Allgemeine Verwaltung	SVP	CHF 3'308'900	CHF 3'250'000	CHF 58'900*
217.314.01	Unterhalt SH Balainen	SVP	CHF 78'100	CHF 50'000	CHF 28'100*
217.314.03	Unterhalt SH Bürgerallee	SVP	CHF 100'300	CHF 75'000	CHF 25'300*
219.318.97	Schulsozialarbeit	FDP	CHF 160'000	CHF 70'000	CHF 90'000
309.365.07	Internido	SVP	CHF 31'000	CHF 22'000	CHF 9'000
309.365.99	Freiwillige Beiträge	FDP	CHF 19'700	CHF 10'000	CHF 9'700
330	Parkanlagen und Wanderwege	SVP	CHF 631'460	CHF 600'000	CHF 31'460*
341	Strandbad	SVP	CHF 587'800	CHF 570'000	CHF 17'800*
351.314.00	Unterhalt Spielplätze	SVP	CHF 37'000	CHF 20'000	CHF 17'000*
582.365.06	Beschäftigungsprogramme	FDP	CHF 100'000	CHF 0	CHF 100'000
620	Gemeindestrassen	SVP	CHF 1'167'296	CHF 1'150'000	CHF 17'296*
710	Abwasserentsorgung	SVP	CHF 1'727'325	CHF 1'700'000	CHF 27'325*
860.318.02	Dienstleistungen Verwaltung	SVP	CHF 262'000	CHF 180'000	CHF 82'000*
860.318.03	Dienstleistungen Betrieb	SVP	CHF 40'000	CHF 10'000	CHF 30'000*
860.319.03	Übriger Sachaufwand (Energistadt/Feste)	SVP	CHF 117'600	CHF 80'000	CHF 37'600*
	<b>Total</b>				<b>CHF 610'856</b>

\* Jeweils ungefähr die Hälfte des Anstiegs beim Sachaufwand der einzelnen Posten

## 06 Abwasseranlagen - Pumpwerk Balainen - Investitionskredit

**Ciril Stebler**

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat ausserplanmässig (notfallmässig) den Ersatz der Pumpen im Pumpwerk Balainen, welche erst 2004 komplett ersetzt wurden. Es kam dabei zu eklatanten Fehlplanungen- und Fehleinschätzungen. Die angeblich effizienteren konventionellen Pumpen sind heute wegen dem feuchten Klima im Pumpensumpf stark korrodiert. Eine Pumpe ist bereits ausgefallen, eine zweite steht kurz davor.

Als langfristig effizienteste Variante wird der komplette Ersatz aller Pumpen mit Schneckenpumpen vorgeschlagen. Diese Art Pumpen war bereits bis 2004 30 Jahre lang zuverlässig im Einsatz. Der Investitionskredit beträgt 635'000 CHF. Weil die Abwasserentsorgung eine spezialfinanzierte und eigenwirtschaftlich betriebene Aufgabe der Gemeinde ist, und weil im entsprechenden Konto einen aktuellen Bestand von rund 2.8 Mio. CHF hat, ist diese Investition quasi bereits vorfinanziert.

**Die SVP wird dem Vorhaben einstimmig zustimmen. Ohne sofortigen Ersatz droht eine grössere Abwasserkatastrophe in Nidau.**

## 07 Ersatz 16 kV-Leitung zwischen der Mess- und Transformatorenstation Aalmatten und der Transformatorenstation Ruferheim - Objektkredit

**Viktor Sauter**

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat einen Objektkredit von 150'000 CHF für den Ersatz der betreffenden 16 kV-Leitungen. Das Gros der 16kV-Kabel in Nidau sind 40jährig oder älter. Das Vorhaben ist im Finanzplan vorgesehen.

**Die SVP wird dem Antrag zustimmen.**

## 08 Postulat Marianne Hafner-Bürgi - Parkplatzmanagement rund um das Strandbad Nidau während der Badesaison

**Leander Gabathuler**

Während der Badesaison kommt es immer wieder zu prekären Parkplatzverhältnissen in Seenähe. Um Ordnung und Sicherheit zu garantieren (zum Beispiel die Zufahrt für Polizei und Sanität zu gewährleisten), hat der Gemeinderat vermehrt auf mobile Patrouillen gesetzt. Weitere Massnahmen drängen sich nicht auf. Eine mögliche zusätzliche Variante wäre, das Parkplatzangebot in Seenähe während der Saison temporär zu erweitern. Aus Sicht der SVP Fraktion würde zum Beispiel eine Öffnung des Expo-Areals als Parkplatz Sinn machen. Gerade während der Badesaison reicht die Parkfläche vor den Tennisclubs und vor dem

Péniche nicht aus. Der Parkplatz ist an warmen Tagen, auch unter der Woche, masslos überlastet. Eine naheliegende Lösung wäre es zum Beispiel das nebenan liegende Expo-Areal (oder einen Teil davon) als Parkfläche zu nutzen, wie zum Beispiel während der Bieler Messe. Eine solche Massnahme würden wir sehr begrüßen.

---

**Für Rückfragen:**

Leander Gabathuler, Fraktionspräsident, Stadtrat SVP Nidau

[info@svp-nidau.ch](mailto:info@svp-nidau.ch)

[www.svp-nidau.ch](http://www.svp-nidau.ch)